



Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag • Die

## *Die politische Lage in Deutschland*

### Kurs halten in Koalitionsverhandlungen Unsere Solidarität gilt den Philippinen

Am 22. September haben sich die Menschen in Deutschland für Sicherheit und Verlässlichkeit entschieden und sich gegen Bevormundung, gegen Steuererhöhungen und gegen Experimente ausgesprochen. Einem „Politikwechsel“, von dem so oft die Rede war, haben die Menschen eine klare Absage erteilt. CDU und CSU haben Spitzenergebnisse erreicht, weil sie für wirtschaftspolitische Vernunft und den Ausgleich berechtigter Interessen stehen.

Das Wahlergebnis ist eine Bestätigung unseres Kurses und gleichzeitig ein Auftrag zur Regierungsbildung. Wir stehen bei den Menschen in Deutschland im Wort, mit Vernunft und Augenmaß die Grundlage für eine Regierungskoalition zu schaffen. Dabei muss es immer zuerst um das Land gehen, Parteiinteressen haben hinten an zu stehen. Dafür sorgen wir nun in den schwierigen Gesprächen. An uns ist noch keine Verhandlungsrunde gescheitert, wir sind und bleiben gesprächsbereit. Taktische Spiele und komplizierte Manöver mögen es einer Partei erlauben, sich für eine Viertelstunde als Sieger zu fühlen. Sie bringen unser Land aber nicht voran, also verzichten wir darauf. Für uns zählen nicht die Schlagzeilen des Tages, sondern die klare Linie.

Unsere Leitschnur bleiben Schuldenbremse und haushaltspolitische Vernunft für Deutschland und in Europa. Wir haben gegenüber der SPD klargestellt, dass es mit uns weder neue Schulden noch Steuererhöhungen oder eine Vergemeinschaftung der Schulden der europäischen Staaten geben wird. Damit haben wir einen ersten, ganz wesentlichen Erfolg für die Menschen in unserem Land erzielt. Viele Wünsche werden in diesen Tagen geäußert. Wir wissen: Alles, was verteilt werden soll, muss vorher erwirtschaftet werden.

In den Koalitionsverhandlungen setzen wir uns konsequent für unsere Ziele ein. In den Sitzungen der „Großen Runde“ in der vergangenen Woche haben wir u.a. für die Umsetzung der Energiewende, für die Erneuerung der Verkehrsinfrastruktur, in der Europapolitik, aber auch zur Innen- und Umweltpolitik wichtige Punkte festgehalten:

**Energiewende:** Bis Ostern wollen wir das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) so gestalten, dass wir die mittlerweile erreichten Erfolge beim Ausbau der erneuerbaren Energien sichern und mit Augenmaß weiterentwickeln können. Oberstes Ziel bleibt die Verbindung von wirtschaftlichem Erfolg und Klimaschutz, ohne dabei die berechtigten Interessen der Stromkunden nach bezahlbarer Energie aus den Augen zu verlieren. Wir stehen für verlässliche Rahmenbedingungen, Planbarkeit und Berechenbarkeit in der Energiepolitik.

**Verkehrsinfrastruktur:** Die Erneuerung und der Erhalt unserer Verkehrsinfrastruktur ist eine der wichtigsten Aufgaben für die neue Regierung. Wir wollen die Ausgaben hierfür erhöhen und dabei dafür sorgen, dass der Schwerpunkt auf Erhalt und Sanierung gelegt wird. Ebenso kümmern wir uns um eine Reduzierung des Verkehrslärms, vor allem im Schienenbereich.

**Europapolitik:** Es wird weder Eurobonds noch einen Fonds zur Tilgung von Altschulden geben. In Europa gilt weiterhin das von CDU und CSU klar vertretene Prinzip von „Ei-

genverantwortung und Solidarität“, mit dem es uns gelingen wird, Europa zu einer Stabilitätsunion zu entwickeln. Wir haben damit schon jetzt eine unserer zentralen Forderungen durchgesetzt.

**Innere Sicherheit:** Wir haben erreicht, dass Strafverfolgung und Verbrechensvorbeugung als Aufgabe weiterhin ernst genommen und verstärkt werden. An Schwerpunkten der Kriminalität wie etwa Bahnhöfen kann der Einsatz von Videokameras verstärkt werden. Gegen Wohnungseinbrüche setzen wir auf eine verbesserte Zusammenarbeit von Bund und Ländern. Ein wichtiges Thema für die neue Wahlperiode ist für uns der Schutz von Frauen und Kindern vor Menschenhandel und Zwangsprostitution. Wir sind uns mit der SPD einig, hier noch mehr zu tun. Auch zum Datenschutz und gegen sogenannte „Cyber-Kriminalität“ haben wir neue Maßnahmen vereinbart.

**Umwelt, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:** Im Zentrum der Vereinbarungen steht der Ausbau des Lärm- und Hochwasserschutzes. Weiterhin wollen wir die Bedingungen für die bäuerliche Landwirtschaft verbessern, die gute Nahrungsmittel unter Wahrung des Tier- und Naturschutzes erzeugt. Wir werden ebenfalls dafür sorgen, dass die Lebensmittelüberwachung in Deutschland besser vernetzt wird.

**Wissenschaft und Bildung:** Hier haben wir durchgesetzt, dass Deutschland den Weg in die „Bildungsrepublik“, den wir in der vergangenen Wahlperiode begonnen haben, mit großen Schritten fortsetzen kann. Ausgaben für Forschung und Entwicklung sollen weiterhin einen Schwerpunkt der Bundesregierung bilden.

(Aktuelle Informationen unter [www.cdu.de](http://www.cdu.de))

In diesen Tagen, in denen wir sehr mit der Gestaltung von Gegenwart und Zukunft unseres Landes beschäftigt sind, sollten wir aber auch den Blick nicht vor weltweiten Problemen verschließen. Mit Bestürzung und großer Anteilnahme blicken wir auf die Schäden, die der **Taifun Haiyan** verursacht hat. Die erschütternden Bilder von Tod und Zerstörung führen uns großes menschliches Leiden vor Augen. Schnelle Hilfe tut not – und die Bundesregierung handelt umgehend. Sie hat ihre bereits fest zugesagte Soforthilfe von 1,5 Mio. Euro angesichts des Ausmaßes der Schäden kurzfristig um weitere 3 Mio. Euro aufgestockt. Am vergangenen Donnerstag traf der erste Hilfsflug des Technischen Hilfswerks (THW) und des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) mit 70 Tonnen Hilfsgütern in der betroffenen Region Cebu ein. Die Hilfsgüter umfassen dringend benötigte Zelte, Koch-Sets, Hygieneartikel und Plastikplanen sowie eine Trinkwasseraufbereitungsanlage des THW. Freiwillige des THW waren ebenfalls an Bord und kümmern sich jetzt vor Ort um die Trinkwasserversorgung der Bevölkerung und die Reparatur der zerstörten Wasserversorgungssysteme. Zu den aus der Soforthilfe finanzierten Projekten gehört außerdem ein Basislager, das das DRK in der Region einrichtet. Daneben errichten die deutschen Hilfsorganisationen Notunterkünfte und helfen beim Wiederaufbau der Wasser-, Sanitäts- und Nahrungsmittelversorgung für die betroffene Bevölkerung.

## Die Woche im Parlament

Zum **EU-Gipfel „Östliche Partnerschaft“ am 28./29. November 2013 in Wilna gab die Bundeskanzlerin eine Regierungserklärung** ab. Die Östliche Partnerschaft ist innerhalb der Nachbarschaftspolitik der EU das ehrgeizigste Angebot zur Zusammenarbeit. 2009 haben Deutschland und seine europäischen Partner gemeinsam mit der Ukraine, Moldau, Georgien, Weißrussland, Armenien und Aserbaidschan diese Partnerschaft ins Leben gerufen, um die politische Assoziierung und wirtschaftliche Integration unserer östlichen Nachbarn voranzubringen. Die Frage einer EU-Beitrittsperspektive wird dabei nicht thematisiert.

Die Partnerschaft liegt im ureigenen Interesse europäischer und deutscher Außenpolitik. Sie bietet die Gelegenheit, unsere östlichen Nachbarn auf der Basis gemeinsamer Werte auf ihrem Weg zu demokratischen und rechtsstaatlichen Gesellschaften zu unterstützen. Wir fördern Reformen und bieten Unterstützung beim politischen, wirtschaftlichen und sozialen Wandel an. Dazu werden seit 2010 Assoziierungsabkommen mit allen östlichen Partnern außer Weißrussland verhandelt. Wegen der politischen Lage dort sind Verhandlungen mit Weißrussland gegenwärtig nicht möglich. Zu Recht hat die EU die Aufnahme von Verhandlungen an das Ende der Repressionen und die Freilassung der politischen Gefangenen gekoppelt.

Die Verhandlungen mit Georgien und Moldau dagegen sind bereits abgeschlossen. Vorgesehen ist daher die Paraphierung der Abkommen auf dem bevorstehenden Gipfel in Wilna. Das Assoziierungs- und Freihandelsabkommen mit Armenien ist ebenfalls ausverhandelt, kann aber nach Armeniens Ankündigung, der Eurasischen Zollunion beizutreten, in Wilna nicht mehr paraphiert werden. Die Verhandlungen mit Aserbaidschan sind noch nicht zur Abschlussreife gelangt. Abgeschlossen sind auch die Verhandlungen mit der Ukraine. An die Unterzeichnung des Abkommens haben die EU-Außenminister jedoch eine Reihe von Kriterien geknüpft (freie und faire Wahlen, Ende der selektiven Justiz, Fortschritte bei der Reformagenda, vor allem im Justizbereich). Die Lösung des Falles Timoschenko ist auch für uns Grundvoraussetzung für eine Unterzeichnung. Bisher ist dies nicht erfolgt. Damit ist die Unterzeichnung des Abkommens auf dem Gipfel jetzt fraglich.

Im Anschluss an die Regierungserklärung debattierten wir über Stand und Perspektiven der Östlichen Partnerschaft und den Beitrag, den der Deutsche Bundestag dazu leisten kann.

Anschließend debattierten wir in einer **vereinbarten Debatte die Abhöraktivitäten der NSA und den Auswirkungen auf Deutschland und die transatlantischen Beziehungen**. Die für Deutschland und ganz Europa sehr bedeutenden Beziehungen zu den Vereinigten Staaten leiden derzeit unter einem massiven Vertrauensverlust. Dabei haben die USA und Deutschland in den vergangenen Jahren gerade beim Anti-Terror-Kampf eng zusammengearbeitet, zum Wohle der Sicherheit der Menschen in unseren Ländern. Die Regierung der Vereinigten Staaten bleibt aufgefordert, alle Vorwürfe unverzüglich, umfassend und nachvollziehbar aufzuklären. Der Dialog mit den amerikanischen Partnern zu den Überwachungsprogrammen der National Security Agency (NSA) muss fortgesetzt werden.

Wir erwarten, dass in Zukunft sichergestellt wird, dass niemand in unserem Land außerhalb der Maßnahmen zu Verhinderung terroristischer Aktivitäten abgehört wird. Das gilt für den Staat und die Unternehmen ebenso wie für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes. Unser gemeinsames Ziel muss es sein, das Vertrauen in die transatlantischen Beziehungen wieder zu stärken. Dieses ist auch deshalb wichtig, weil die Zusammenarbeit unserer Sicherheitsbehörden mit internationalen und europäischen Verbündeten unabdingbar ist.

Neben der Aufklärung bedarf es für die Zukunft klarer und rechtsstaatlicher Regeln über die Arbeit der Geheimdienste. Das von der Bundesregierung im Sommer initiierte Anti-Spionage-Abkommen ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung. Ebenso richtig und wichtig ist es, unter den EU-

Staaten solche Vereinbarungen zu schließen, denn in einem europäischen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts sind Standards nur effektiv, wenn sie über die Grenzen der Nationalstaaten hinaus greifen.

Auch innerstaatlich müssen wir mehr für einen besseren Spionageschutz unternehmen und dabei auch gezielt gegen Wirtschaftsspionage vorgehen. Dieses ist ebenso wie die Verbesserung unserer IT-Sicherheit und der Erhöhung des Datensicherheitsniveaus auch Gegenstand der laufenden Koalitionsverhandlungen. Die richtige Balance zwischen Freiheit und Sicherheit einzuhalten, wird eine herausragende Aufgabe dieser Legislaturperiode sein. Dabei gilt es, die Bedrohung der Freiheit unserer Bürgerinnen und Bürger durch flächendeckende Ausspähung zu verhindern, gleichzeitig aber die Bedrohung durch Kriminelle und Terroristen nicht zu ignorieren.

## Daten und Fakten

**Komplexer Prozess.** Koalitionsverhandlungen sind eine sehr komplexe Angelegenheit. In 12 Arbeits- und 4 Unterarbeitsgruppen verhandeln derzeit über 250 Politikerinnen und Politiker über die Grundlagen für eine Koalition für die nächsten 4 Jahre. Insgesamt dürften im Laufe der Koalitionsverhandlungen an die 100 Sitzungen der Arbeitsgruppen stattfinden. Hinzu kommen die vorbereitenden Sitzungen jeweils auf Unions- und SPD-Seite, so dass im Bereich der Arbeitsgruppen rund 300 Termine zu bewältigen sind. Weiterhin finden wöchentlich 1 - 2 Sitzungen der Großen Runde sowie Treffen der Kleinen Runde und der Steuerungsgruppe sowie „Sechsaugengespräche“ der Parteivorsitzenden statt. Die Verhandlungen stehen also auf breitem Fundament, so dass am Ende dieses vielfältigen Prozesses ein gutes Ergebnis stehen kann, das alle für das Land wichtigen Themen aufgreift und dabei sämtliche fachlichen und politischen Aspekte berücksichtigt.

(Quelle: Erhebung Planungsgruppe)

**Sozialhilfeausgaben gestiegen.** Im Jahr 2012 wurden in Deutschland 24 Mrd. Euro für Sozialhilfe ausgegeben. Das waren 5,4% mehr als 2011 und rein rechnerisch 298 Euro pro Kopf. Im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin) waren die Pro-Kopf-Ausgaben mit 308 Euro deutlich höher als in den neuen Ländern (einschließlich Berlin) mit 258 Euro. Die höchsten Pro-Kopf-Ausgaben hatten im Jahr 2012 die drei Stadtstaaten: In Hamburg lagen sie bei 474 Euro, in Bremen bei 472 Euro und in Berlin bei 461 Euro. Von den westdeutschen Flächenländern gab Baden-Württemberg mit 215 Euro je Einwohner am wenigsten für Sozialhilfe aus, Nordrhein-Westfalen mit 358 Euro am meisten. In den ostdeutschen Flächenländern waren die Pro-Kopf-Ausgaben in Sachsen mit 157 Euro am niedrigsten und in Mecklenburg-Vorpommern mit 251 Euro am höchsten. Im Jahr 2012 entfiel mit 56 Prozent der überwiegende Teil der Nettoausgaben für Sozialhilfe auf die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen. 20 Prozent der Ausgaben wurden für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung aufgewendet, 14 Prozent für die Hilfe zur Pflege und 5 Prozent für die Hilfe zum Lebensunterhalt. Im Vergleich zum Vorjahr haben sich diese Ausgabenanteile lediglich geringfügig verändert.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

 Fraktion im Deutschen Bundestag  
Landesgruppe Niedersachsen

### Vorsitzender:

Enak Ferlemann MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: 030 – 227 79498  
Fax: 030 – 227 70139

Email: [stefan.krueppel@cducsu.de](mailto:stefan.krueppel@cducsu.de)  
Internet: [www.lg-nds.de](http://www.lg-nds.de)